

8 Einführung einer Börsenumsatzsteuer und Steuer auf Bonuszahlungen: Wer A sagt, muss auch B sagen

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10556

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 18. Januar 2010 fristgerecht diesen Eilantrag eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Kollegin Brunn das Wort.

Anke Brunn (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat dem „stern“ in der vergangenen Woche – nachzulesen in der Ausgabe vom 14. Januar 2010 – ein wirklich interessantes Interview gegeben. Normalerweise zitiere ich nicht; in diesem Fall möchte ich Ihnen aber doch einige bemerkenswerte Sätze aus diesem Artikel des „stern“ vortragen.

Der Ministerpräsident sagt, es werde wieder hemmungslos spekuliert, und an den Finanz- und Rohstoffmärkten bildeten sich schon die nächsten Spekulationsblasen. Er fordert eine schlagkräftige Bankenaufsicht in Europa; diese existiere immer noch nicht. Ferner führt er aus:

Wir brauchen zudem rasch verbindliche Regelungen für die Haftung und für die Vergütung der Bankmanager. Banken, die Staatshilfen bekommen haben, dürfen keine Boni an ihre Manager ausschütten. Außerdem brauchen wir unverzüglich verbindliche Regelungen für Hedgefonds und Private-Equity-Fonds und eine Reform der Rating-Agenturen.

Das hat er hier erklärt. Wie wahr!

Ich habe freilich gedacht: Das ist doch ziemlich wortwörtlich das, was Peer Steinbrück vor einem Jahr gesagt hat. – Der Ministerpräsident brauchte ja nichts anders zu tun, als dessen Vorschläge wieder vorzulegen. Allerdings gibt er nicht an, dass er das von Peer Steinbrück abgeschrieben hat, sondern tut so, als sei es eine neue Forderung.

An dieser Debatte nimmt er jetzt auch gar nicht teil; denn wenn es wirklich darum geht, die Vorschläge zu realisieren, wird dieser Ministerpräsident merkwürdig schweigsam.

Wir sagen: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen.

(Bodo Wißen [SPD]: Er kann doch gar nicht pfeifen!)

Der Ministerpräsident ist bei dieser Debatte überhaupt nicht anwesend. Wir haben die Sorge, dass er gar nicht daran denkt, diese Vorschläge tatsächlich in die Realität umzusetzen. Damit wird versucht, unsere Bevölkerung für dumm zu verkaufen. Das ist ärgerlich, meine Damen und Herren. Der Ministerpräsident verkauft uns hier in der Tat für dumm.

Wenn es um Finanzpolitik in diesem Lande geht, ist er tatsächlich nicht präsent. Dann macht er eher Vorschläge, die nicht zum Tragen kommen. Man kann sich noch an seine eigenartigen Interventionen in Sachen WestLB erinnern. Immer dann, wenn es wirklich schwierig wurde, hat er sich zurückgezogen. Stattdessen äußert er sich im „stern“ relativ markig und radikal. Aber wo bleiben die Taten?

Wenn der Ministerpräsident schon selbst nicht da ist, dann werden wir hier den Finanzminister fragen. Herr Finanzminister, wann werden uns denn die entsprechenden Vorschläge des Ministerpräsidenten hier im Landtag vorgelegt? Noch ist genügend Zeit, sodass er vor der Wahl auch umsetzen kann, was er verspricht. Wir erwarten hier konkrete Vorschläge auf der Basis dessen, was der Ministerpräsident öffentlich erklärt hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

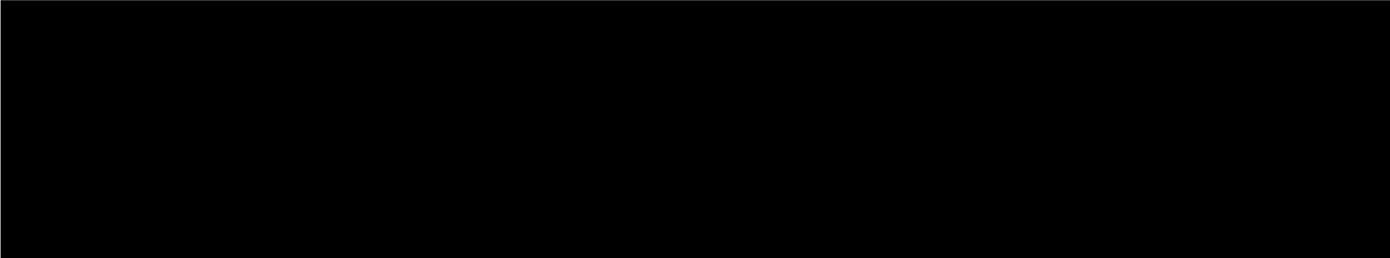
Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident fordert auch eine Revision der schwarz-gelben Steuerpolitik. Er fordert einen Neustart der Steuerpolitik. Dazu sage ich auch: Wie wahr!

Diese Forderung erhebt er jetzt Ende Januar 2010, nachdem die schwarz-gelbe Koalition im Dezember 2009 das „Schuldenbeschleunigungsgesetz“ mit der Subvention für die Hoteliers durchgebracht hat. Inzwischen wissen wir auch, vor welchem Hintergrund das stattgefunden hat; die Liberalen hatten ja offensichtlich allerlei Impulse aus der Hotellerie. Wo hat NRW denn da gestanden? NRW hat das unterstützt. Es hätte doch auch Nein sagen können. Wo waren Sie damals mit Ihren Bedenken? Jetzt wollen Sie einen Neustart in der Steuerpolitik, meine Damen und Herren. Das ist doch hochgradig unglaubwürdig.

Sie können Glaubwürdigkeit erlangen, indem Sie nun diese Vorschläge umsetzen und sagen: „Peer Steinbrück hat gute Vorschläge unterbreitet; jetzt wollen wir sie tatsächlich realisieren“, statt hier etwas zu verkaufen, was in Wirklichkeit nicht ernst gemeint ist. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sind nicht so dumm, dass das nicht auffiele.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der „stern“ schreibt zu Recht auch, dass der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen damit seinen Landtagswahlkampf bestreiten will. Wir meinen allerdings, dass er Zeit genug



hat – fünf Jahre dauert die Legislaturperiode –, nicht nur irgendetwas zu verkaufen, sondern den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Diese Taten erwarten wir hier und heute; denn der Landtag ist der Ort, an dem die Dinge auch vorgelegt werden müssen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

